



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 11. April 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- In Syrien kam es am vergangenen Dienstag zu einem Giftgasangriff mit Sarin auf die Stadt Chan Scheichun, mindestens 86 Menschen starben. Das syrische Regime war im Besitz der verbotenen Waffen und hatte sie in der Vergangenheit auch eingesetzt, hatte aber versprochen, diese zu vernichten. Die russische Regierung verbreitete nach dem Angriff die Version, dass ein Lager mit dem Giftgas bei einem Luftangriff getroffen worden wäre. Expert\*innen bestreiten dies. Die äußerst instabilen Bestandteile von Sarin würden getrennt gelagert und erst kurz vor dem Einsatz kombiniert. Die US-Regierung reagierte mit Luftschlägen auf den Flughafen, von dem aus die Giftgasbomber gestartet sind und leitet damit eine Wende in ihrer Außenpolitik ein. US-Präsident Donald Trump sprach bisher immer davon, primär den sogenannten Islamischen Staat (IS) vernichten zu wollen, das syrische Regime hatte er nicht im Fokus. Während sein Außenminister Rex Tillerson weiterhin davon spricht, den IS prioritär besiegen zu wollen, geht die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, davon aus, dass zunächst Bashar al-Assad gestürzt werden müsse. Der russische Außenminister Sergej Lawrow versprach dem deutschen Außenminister Sigmar Gabriel gestern, dass Russland sich an einer Untersuchung des Angriffs beteiligen werde.  
<http://www.taz.de/!5395767/> (05.04.17)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-angriff-auf-chan-schaichun-autopsie-bestaetigt-giftgas-einsatz-a-1142135.html> (06.04.17)  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/syrien-usa-strategie-islamischer-staat-baschar-al-assad-prioritaet-herbert-mcmaster> (10.04.17)
- Weitere 44 Menschen starben bei zwei Anschlägen auf koptische Christ\*innen in Ägypten. Der IS bekannte sich zu dem Attentat. Der ägyptische Staat unter Präsident Abdel Fattah al-Sissi ist offenbar nicht in der Lage, die etwa neun Millionen koptischen Christ\*innen zu schützen, so die Gesellschaft für bedrohte Völker. Seit der im Jahr 2010 begonnen Revolution habe es unter al-Sissi die meisten Anschläge auf sie gegeben.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/aegypten-kopten-christen-is-terroranschlag> (10.04.17)
- 4,6 Milliarden Euro muss die internationale Gemeinschaft dem UNHCR in diesem Jahr bereitstellen damit dieser Geflüchtete syrischer Staatsbürgerschaft in den Anrainerstaaten Syriens ausreichend versorgen kann. Überwiesen wurden erst 433 Millionen. Letzte Woche wurde berichtet, dass inzwischen mehr als fünf Millionen Menschen in die Nachbarländer geflohen sind. Bei der internationalen Syrienkonferenz sagten die teilnehmenden Staaten

sechs Milliarden Dollar (etwa 5,6 Milliarden Euro) für das Jahr 2017 zu.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/buergerkrieg-in-syrien-deutschland-hilft-kriegsopfern-mit-milliardenbetrag/19616770.html> (05.04.17)

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=56502#.W0vmhGnyjIU> (05.04.17)

- Die drei NGOs Oxfam, das Belgrader Menschenrechtszentrum und der Mazedonische Verband junger Anwälte haben 140 Fliehende auf der Balkanroute zu ihren Erfahrungen befragt. Ausnahmslos alle berichteten von Gewalt, Inhaftierung, Folter und Misshandlung.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-geschlagen-und-ausgeraubt-auf-der-balkanroute-1.3453322> (05.04.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- 267.500 Menschen syrischer Staatsbürgerschaft und in Deutschland als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt haben Anspruch auf Familiennachzug. Die Bundesregierung hat damit ihre Prognose auf Grund des ausgesetzten Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte halbieren können. Weil eine Halbierung offenbar immer noch nicht genug ist, wollen CDU und CSU die verfassungsrechtlich bedenkliche Regelung verlängern. Bisher ist der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte bis 2018 ausgesetzt.

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/fluechtlinge-syrien-familiennachzug-bundesregierung> (05.04.17)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/fluechtlinge-familiennachzug-union-beschaerzung-bundestagswahl> (06.04.17)

- Im Januar und Februar diesen Jahres sind 1.350 Menschen über Italien und die Schweiz nach Deutschland geflohen. In 2016 waren es im selben Zeitraum 402 Menschen. Dies hänge mit den gestiegenen Zahlen Fliehender auf der Fluchtroute von Libyen zusammen. Im ersten Quartal 2017 seien 70% mehr Menschen über diese Route geflohen. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag Stephan Mayer fordert „systematische Kontrollen“ an der Grenze zur Schweiz.

<http://www.rp-online.de/politik/fluechtlingsroute-ueber-die-schweiz-stephan-mayer-fordert-einfuehrung-von-grenzkontrollen-aid-1.6746470> (10.04.17)

- Die Grünen haben ein Konzept für ein bisher nicht existierendes Einwanderungsgesetz vorgestellt. Unter anderem planen sie, eine „Talentkarte“ einzuführen mit der beruflich qualifizierte Menschen samt Familien nach Deutschland kommen und dann vor Ort nach einem Arbeitsplatz suchen können. Die Visa-Beschränkungen für Gering-Qualifizierte sollen zudem abgebaut werden. Asylsuchende und Geduldete sollen weiterhin eine Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken erhalten. SPD und Grüne sind sich einig darin, ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild etablieren zu wollen mit welchem Menschen anhand bestimmter Leistungen und Fähigkeiten die Erlaubnis zu migrieren erhalten sollen. CDU und CSU sind sich nicht einig, ob es ein Einwanderungsgesetz braucht. Die Linke lehnt ein solches ab, das Abwerben talentierter Menschen aus ärmeren Ländern sei Brain Drain und führe Entwicklungspolitik ad absurdum.

<http://www.dw.com/de/migration-f%C3%BCr-deutschland/a-38288453> (04.04.17)

- Am Mittwoch gab es eine Sammelabschiebung nach Tunesien, 17 Menschen wurden vom Flughafen Leipzig-Halle deportiert. Die Polizei wollte Offenheit signalisieren und lud die Presse ein, die Abschiebung zu beobachten. Das Ziel: zu zeigen, dass dabei nichts passiere "was nicht rechtsstaatlich ist." Eine interessante Aussage wenn weiter unten im Artikel der LVZ geschrieben steht, dass die Körperöffnungen der komplett entkleideten Abzuschiebenden kontrolliert werden. Zum Selbstschutz wird das getan, schließlich könnte sich jemand selbst verletzen oder gar versuchen, Suizid zu begehen.

Aber beim Selbstschutzargument beißt sich die Katze in den Schwanz. Es wird ein

Zwangsmittel etabliert - die Abschiebung - um Flucht und Migration kontrollierbar und den Staat handlungsfähig erscheinen zu lassen. Um diesen Zwang gleichzeitig human erscheinen zu lassen, werden Vorkehrungen getroffen damit das Überleben der Menschen auf dem Flug gesichert ist. Der Staat aber ist dem Rechtsstaat verpflichtet, der Rechtsstaat den Menschenrechten. Die Menschenrechte gehen aber über das reine Überleben hinaus. Es gibt nicht mal ein Menschenrecht auf -Über-leben denn die Menschenrechte gehen davon aus, dass die Individuen die sie schützen sollen, schlicht am Leben sind. Sie definieren viel mehr, was menschenwürdiges Leben heißt.

Wenn die Abschiebung als Zwangsmittel Maßnahmen wie die menschenunwürdige Kontrolle von Körperöffnung benötigt (und noch viele weitere) um das reine Überleben abzusichern, dann ist die Abschiebung abzulehnen. Dann ist keine Abschiebung rechtsstaatlich, geschweige denn menschenrechtskonform.

So erschienen als [Facebookpost](#) auf unserer Seite.

(<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sammelabschiebung-nach-Tunesien-All-die-Traeume-sie-sind-weg> (05.04.17))

## Hintergrund und Meinung

- Katharina Schuler antizipiert in der *Zeit*, dass CDU und CSU im Wahlkampf sich wieder als Familienpartei gerieren würden. Sie weist darauf hin, wie höhnisch dies sei im Angesicht des ausgesetzten Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte bis 2018 – den die beiden Parteien nun auch noch planen zu verlängern. Sie erinnert daran, dass ein ausgesetzter Familiennachzug verfassungsrechtlich problematisch sei, dass subsidiär Schutzberechtigte vielleicht nicht individuell verfolgt würden, doch dass gerade der jüngste Giftgasangriff in Syrien zeige, wie zynisch eine Unterscheidung in individuelle und kollektive Verfolgung sei und dass selbst die nur ein Jahr dauernde Aufenthaltserlaubnis für subsidiär Schutzberechtigte kaum als Argument diene, den Familiennachzug weiter auszusetzen. Schließlich sei kein Ende im Krieg in Syrien in Sicht, die Menschen würden erwartbar länger als ein Jahr in Deutschland bleiben. Sie muss darauf hinweisen, welche Belastung die Trennung von Familienmitgliedern ist, die sich in Krieg und Not befinden.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/familiennachzug-fluechtlinge-wahlkampf-cdu-csu> (06.04.17)
- Für ein humanes Asylrecht und ein modernes Einwanderungsgesetz plädiert Kordula Doerfler in der *Frankfurter Rundschau*. Ihrer Ansicht nach würde ein neues Einwanderungsgesetz wie es die Grünen planen, auch dabei helfen, Flucht und Migration in der politischen Debatte auseinanderzuhalten. Darüber hinaus würde es nach ihr ein Signal sein, dass die hiesige Gesellschaft Einwanderung nicht grundsätzlich fürchte sondern ihre Notwendigkeit anerkenne.  
<http://www.fr.de/politik/meinung/leitartikel/einwanderungsgesetz-deutschland-braucht-zuwanderung-a-1256059> (06.04.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe